

Pressemitteilung

Solidaritätserklärung aus der Sozialen Arbeit für die ‚Letzte Generation‘:

„Wir brauchen konsequente Klimapolitik, statt Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen.“

22.05.2023: 197 Professionelle aus der Sozialen Arbeit solidarisieren sich mit der Letzten Generation. Sie positionieren sich damit gegen die Kriminalisierungsversuche aus der Politik und fordern eine konsequente und sozialgerechte Klimapolitik. Für diese Erklärung haben sich Professor*innen, wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen und Praktiker*innen zusammengefunden.

Die Soziale Arbeit steht für die Förderung sozialer Gerechtigkeit und die Umsetzung der Menschenrechte ein. Die negativen Folgen der Klimakrise treffen vor allem Menschen, die ohnehin stark benachteiligt sind und die darüber hinaus am wenigsten zum Entstehen beigetragen haben.

Dennoch wird in Deutschland weiterhin kaum über die unzureichende Klimapolitik und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft debattiert. Stattdessen werden Menschen, die auf diese existentielle Klimanotlage hinweisen, auf der Straße von Autofahrenden getreten und angeschrien, vor Gericht zu Geldstrafen und Haft verurteilt und von Politiker*innen als ‚kriminell‘ und ‚terroristisch‘ diskreditiert. Gegen diese Entwicklungen positionieren sich die Unterzeichner*innen und stellen sich an die Seite der Aktivist*innen.

Die drei Verfasser*innen haben sich dazu geäußert, weshalb sie die Solidaritätserklärung initiiert, haben.

Barbara Schramkowski, Professorin für Grundlagen und Methoden Sozialer Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, hebt hervor: „Wir solidarisieren uns mit dem Anliegen der Letzten Generation und verurteilen die Kriminalisierung der Bewegung. Wenn jemand angeklagt werden sollte, dann politische Entscheider*innen, deren Klimaschutzmaßnahmen weit hinter gesetzlichen Verpflichtungen zurückbleiben und die sich sogar dagegenstellen. Klima- und Umweltschutz darf nicht länger einem permanenten Wirtschaftswachstum untergeordnet werden. Soziale und ökologische Belange müssen oberste Priorität haben.“

Dieter Kulke, Professor für Soziologie in der Sozialen Arbeit an der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt, betont: „Klimaaktivist*innen weisen mit zivilem Ungehorsam auf Versäumnisse der Politik und die mangelnde Umwelt- und Klimagerechtigkeit hin und werden dafür von Politik, Medien und Öffentlichkeit kriminalisiert. Das ist unerträglich und falsch. Es ist die moralische Pflicht der Sozialen Arbeit an der Seite der Letzten Generation zu stehen.“

Jonas Einck, B.A. Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe: „Der zivile Ungehorsam der „Letzten Generation“ ist angesichts der aktuellen Klimaveränderungen legitim. Die Bewegung wird zu Unrecht kriminalisiert. Als Menschenrechtsprofession ist die Soziale Arbeit in der Verantwortung zu einer gerechteren und lebenswerten Welt beizutragen. Ebenso wie die Soziale Arbeit steht die Letzte Generation an der Seite derer, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden und leiden werden.“

Pressekontakte:

Prof. Barbara Schramkowski, schramkowski@dhbw-vs.de Telefon 0174 5332984

Prof. Dieter Kulke, dieter.kulke@thws.de, Telefon dienstlich 0931/3511-8838, mobil 0151.22281955

Jonas Einck, jonas.einck@evh-bochum.de

Zusätzliche Informationen

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit ist (DGSA) ist die wissenschaftliche Fachgesellschaft für die Soziale Arbeit: Sie widmet sich der Förderung der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit und entfaltet dafür eine Reihe von Aktivitäten in Forschung, Theorie und Lehre. Neben dem Fachdiskurs innerhalb der Sektionen und Fachgruppen gehören dazu auch die Veröffentlichung und Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie curriculare Weiterentwicklungen und die Förderung des wissenschaftlichen und professionellen Nachwuchses. Ebenso begreift die DGSA es als ihre Aufgabe, sich mit fachlichen Beiträgen aktiv in gesellschaftspolitische Debatten einzubringen. (<https://www.dgsa.de/ueber-uns/die-dgsa>).

Der Solidaritätsbrief ist auf der Eingangsseite der DGSA (<https://www.dgsa.de/aktuelles-aus-der-dgsa>) und auf der Seite der Fachgruppe „Klimagerechtigkeit und sozialökologische Transformation in der Sozialen Arbeit“ (<https://www.dgsa.de/fachgruppen/klimagerechtigkeit-und-sozial-oekologische-transformation-in-der-sozialen-arbeit>) einsehbar.

Verfasst wurde der Brief von den Professor*innen Barbara Schramkowski und Dieter Kulke sowie Jonas Einck, der als Sozialarbeiter in der Wohnungslosenhilfe arbeitet und gerade sein Masterstudium „Sozialmanagement“ abschließt. Im Fokus steht, dass Klimagerechtigkeit, Nachhaltigkeit und ökosoziale Gerechtigkeit Kernthemen der Sozialen Arbeit sind, dass Klimaschutzmaßnahmen jetzt umzusetzen sind, dass viele Menschen die Klimakrise als Bedrohung erleben, der Aktivist*innen sich mit Zeit und Körpern entgegenstellen, und dass die Forderungen der Letzten Generation nicht radikal sind.

Ein Beispiel für die ungerechte Verteilung von Verantwortung für und Betroffenheit durch die Klimakrise: Fast alle Kinder weltweit sind von klima- und umweltbedingten Gefahren bedroht, wobei Kinder in diesbezüglich besonders risikoreichen Ländern am stärksten gefährdet ist. Diese Länder emittieren nur 9 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen (Unicef-Klima-Risiko-Index für Kinder <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/report-klimawandel-auswirkungen-auf-kinder/277206>). Deutschland hingegen gehört zu den 6 Ländern, die für den Hauptanteil der die Klimakrise anheizenden Emissionen verantwortlich sind. Trotz dieser hohen Verantwortung ist die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen nicht auf einem Kurs, der zur Einhaltung der Pariser Klimaziele führt, also die Erderwärmung auf möglichst unter 1,5 Grad zu begrenzen, obwohl der letzte Bericht des Weltklimarates wieder betont: „Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide.“ (Synthesebericht zum 6. IPCC Sachstandsbericht 2023: C1; https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf)

Eine Aktivistin der Letzten Generation und Studentin der Sozialen Arbeit äußert sich zu Thema:

„Im Studium der Sozialen Arbeit setze ich mich mit den Menschenrechten, der sozialen Gerechtigkeit, der Teilhabe und Partizipation aller an unserer Gesellschaft auseinander. Und jedes Mal bekomme ich dann eine schreckliche Angst, wenn ich an unsere Zukunft denke. Das, was ich im Studium lerne, wird auf einem zerstörten Planeten so nicht umsetzbar sein. Menschen werden leiden und sterben, besonders die Ärmsten unserer Gesellschaft und somit vor allem Klient*innen der Sozialen Arbeit. Daher sehe ich mich, als angehende Sozialarbeiterin, in der Verantwortung mich einem „Weiter so“ durch zivilen Widerstand, in Form von Protestmärschen und Straßenblockaden, entgegenzusetzen. Wir als LG appellieren an die Politik, jetzt zu handeln, denn jedes Grad zählt! Wir sind alle die Letzte Generation vor den Kipppunkten, wir brauchen jetzt eine sozialökologische Transformation und dafür kämpfe ich.“ (Annalena Hartmann, Studierende der Soziale Arbeit im Gesundheitswesen am Gesundheitscampus der HAWK in Göttingen)